

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends

Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,10 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die dreigespalt. Zeile.

Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von H. Frey. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: S. Prüll, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M., Rathenauplatz 3. Fernsprechanhänge 2 28 41 und 2 28 42.

Hitler-Sieg bedeutet kapitalistische Sklaverei. Sozialdemokratischer Sieg bedeutet Freiheit; deshalb wählt Liste 1!

Einheitsfront aller Gewerkschaften.

Ein Aufruf an die deutschen Arbeitnehmer.

Die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften wenden sich mit folgendem Aufruf an die deutsche Arbeitnehmerschaft:

„Die neuesten politischen Vorgänge haben die deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten in große Erregung versetzt. Sie müssen trotzdem ihre Besonnenheit bewahren.

Noch ist die Lage in Preußen nicht endgültig entschieden. Der Staatsgerichtshof ist angerufen.

Die entscheidende Antwort wird das deutsche Volk, insbesondere die deutsche Arbeitnehmerschaft, am 31. Juli geben. Es ist die Pflicht aller gewerkschaftlichen Organisationen und aller Volksschichten, die auf dem Boden der Verfassung und des Rechts stehen,

mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dafür zu sorgen, daß diese Reichstagswahl stattfindet.

Weder der Terror der Straße noch irgendeine verfassungswidrige Diktatur darf verhindern, daß am 31. Juli das Volk von seinem höchsten Rechte Gebrauch macht.

Die vorbildliche Disziplin der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten ist auch in diesen schweren Tagen unter allen Umständen aufrechtzuerhalten. Wir lassen uns die Stunde des Handelns von Gegnern der Gewerkschaften nicht vorschreiben.“

Berlin, 20. Juli 1932.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

Allgemeiner Freier Angestelltenbund.

Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Gesamtverband Deutscher Verkehrs- und Staatsbediensteter.

Gewerkschaftsring Deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände.

Allgemeiner Deutscher Beamtenbund.

Deutscher Beamtenbund.

Rundgebung

des Internationalen Gewerkschaftsbundes an die deutschen Arbeiter.

In dem Augenblick, wo die deutsche Arbeiterklasse mitten im entscheidenden Abwehrkampf gegen die vereinten Mächte der Reaktion steht und die deutsche Demokratie um ihr Dasein ringt, hält es der Internationale Gewerkschaftsbund für seine dringende Pflicht, der deutschen Arbeiterschaft und allen deutschen Volksgenossen, die für den Bestand der deutschen Republik und damit auch des Friedens in einem demokratischen Europa kämpfen, seine Solidarität mit aller Kraft zu bekunden.

Jetzt wie früher steht für den Internationalen Gewerkschaftsbund fest, daß Faschismus moralischer und materieller Verelendung gleichkommt; daß Faschismus national und international eine direkte Bedrohung des Friedens bedeutet; daß

die Arbeiterklasse ihre höchsten Güter verteidigt, indem sie den Faschismus niederzwingt.

Die deutsche Arbeiterschaft kann sicher sein, daß der Internationale Gewerkschaftsbund mit seinen 14 Millionen angeschlossenen Mitgliedern aus allen Ländern diesen ihren Kampf mit den höchsten Gefühlen der Sympathie und Solidarität verfolgt und bereit ist, den deutschen Arbeitern mit allen verfügbaren Mitteln zum Siege zu verhelfen.

Deutsche Genossen! Ihr steht nicht allein in diesem Kampf! Wissen, daß das organisierte Weltproletariat hinter euch steht, denn ihr kämpft nicht nur für die deutsche Demokratie; euer Kampf ist auch ein Kampf für die Befreiung der Menschheit!

Der Gewaltstreich der Papen-Chemietrust-Regierung.

„Wenn Generale regieren“, so überschrieben wir einen Artikel in der Nr. 27 des „Proletariats“ und schlossen mit den Worten: „Also Vorsicht, wenn Generale Politik machen!“ Jetzt haben wir die Bestätigung wieder, daß nichts Gescheites herauskommt, „wenn Generale regieren“.

Der Vorkopf der Papen-Regierung gegen die preussische Regierung ist so plump, wie er eigentlich nur von Hitlerleuten möglich ist. Der größte Döskopf sieht klar die Zusammenhänge. Wie kam alles?

Erst wurde auf Schleichwegen die Regierung Brüning in einer geradezu beschämenden Art beseitigt. Aus den Worten

Hindenburgs gegenüber Brüning bei seiner Entlassung konnte man entnehmen, welche erbärmliche Motive man dem Reichspräsidenten in Neudeck als Entlassungsgründe angegeben hat.

Und was Papen jetzt in Sachen Preußens und des Berliner Polizeipräsidentiums dem Reichspräsidenten wiederum in Neudeck als Begründung für die Notwendigkeit des Putschs gefagt hat, das hat er ja am 20. Juli abends im Radio erzählt. Nämlich: Die Reichsregierung sei zu der Überzeugung gekommen, daß die Ruhe, Sicherheit und Ordnung in Preußen nicht mehr gewährleistet sei!

Ist das nicht ein Skandal ersten Ranges? Die Reichsregie-

rung hat das Verbot der SA., der SS. und das Uniformverbot ihrer Freunde und Auftraggeber aufgehoben. Die Länderregierungen wehrten sich dagegen. Die Papen-Hitler-Regierung zwang die Länderregierungen, die Aufhebung des Verbotes durchzuführen. Und nun kam, was jeder logisch denkende deutsche Staatsbürger voraus-sah: Die Nazis marschierten und provozierten, die Morde häuften sich ganz ungeheuerlich, und nun hatte die Papen-Regierung den selbstgeschaffenen Grund zum Einschreiten, selbstverständlich in erster Linie gegen Preußen. Eine ewige Schande für Deutschland vor der zivilisierten Welt.

Seit die Papen-Regierung am Ruder ist, kommt das Reich aus der Unruhe nicht mehr heraus. Und nun hat sie durch ihren Putsch allem die Krone aufgesetzt. Sie hat die preussische Regierung und das Berliner Polizeipräsidentium überfallen und vergewaltigt, etwa wie den Feind im Kriege oder wie im Mittelalter die adligen Straßenträuber die Kaufleute.

Die Reichsregierung wird die von ihr beschriftene Bahn weitergehen müssen, sie kann nicht mehr zurück, denn hinter ihr stehen die nationalsozialistischen Treiber. Aber sie soll nicht glauben, daß sie mit diesem Gesindel Siege erringen kann. Sie soll sich auch nicht einbilden, daß sie es mit „Untertanen“ zu tun hat, die den Schnabel zu halten haben. Wir werden trotz Presse-Notverordnung das Spiel aufdecken, das sie treibt, auch wenn sie die ganze Arbeiterpresse verbietet. Die organisierte Arbeiterschaft hat einen weiteren politischen Horizont als jene Kreise, auf die Papen sich stützt. Könnte er die Urteile der Arbeiter hören über seine Radiorede vom 20. Juli, er würde erschrecken.

Und nun auf zur Wahl am 31. Juli! Arbeiter, Arbeiterinnen, macht diesem Skandal ein Ende! Nieder mit dem Nazi-Mordgesindel! Fort mit dieser Reichsregierung! Ersticken wir beide in einer sozialdemokratischen Stimmzettelflut!

Albin Fröhlig 25 Jahre im Dienste der Arbeiterbewegung.

Leider können wir erst mit einiger Verspätung unseres Kollegen und Jubilars Albin Fröhlig in Mannheim gedenken und bitten den Jubilar wegen der Verspätung um Entschuldigung. Sein Ehrentag war der 1. Juli 1932. Kollege Fröhlig wurde am 27. Oktober 1870 zu Herold im Erzgebirge geboren und lernte als Kind das ganze Elend der Erzgebirgsbewohner kennen. Er ergriff zunächst den Krankenpflegerberuf, war



dann als Textilarbeiter tätig und später als Papierarbeiter in Fockendorf bei Alfenburg. Am 29. März 1903 schloß er sich seiner neuen Berufsorganisation in Alfenburg an. Als die Zahlstelle Mannheim einen 2. Bevollmächtigten brauchte, fiel die Wahl auf den Kollegen Fröhlig, der am 1. Juli 1907 sein Amt antrat. Neben seiner Tätigkeit als Zahlstellenkassierer war Kollege Fröhlig agitatorisch hervorragend für den Verband und für die Partei tätig. Die Zahlstelle Mannheim hatte durch mehrere größere Streiks, welche im Jahre 1906 verloren gingen, schwer um ihre Existenz zu kämpfen. Es bedurfte mehrerer Jahre rastloser Tätigkeit, um nicht nur das Vertrauen der Arbeiterschaft in der uns zuständigen Industrie zurückzugewinnen, sondern auch eine Stärkung der Organisation zu erreichen. Daß dieses gelang, war mit ein Verdienst

Wir wollen als parlamentarische Vertreter keine Radaubröder und Raufbolde. Deshalb wählen wir am 31. Juli Liste 1!

des Kollegen Fröhlig. In der Partei hat er in mehreren Perioden als Stadtvorordneter und als Kreistagsabgeordneter eine erprobte Tätigkeit entfaltet. Am 1. Mai 1920 übernahm der Jubilar den Posten eines Sekretärs des ADGB, den er heute noch innehat. Indem wir ihm herzlich gratulieren, wünschen wir ihm gute Gesundheit und noch viele Erfolge für die Arbeiterbewegung durch sein Wirken!

Belagerungszustand in Berlin.

Die Reichsregierung Popen hat gegen — ja gegen was hat sie den Belagerungszustand verhängt? Was war denn los? Wo war die öffentliche Sicherheit gefährdet? Vor der Popen-Regierung war immer Ordnung in Preußen, und selbst dann noch, als Popen seine uniformierten gelben Sturm-affen auf die anständige Arbeiterschaft losließ.

Also die Reichsregierung hat den Belagerungszustand verhängt gegen — Severing. Also Reichswehr gegen Severing. Die Reichsregierung hat Severing, Otto Braun, den Berliner Polizeipräsidenten Orzeszinski, den Polizeivizepräsidenten Weiß, den Berliner Polizeikommandeur Heimannsberg und später sämtliche preußischen Minister abgesetzt und gewaltsam entfernen lassen. Jetzt kommen wohl die anderen Einzelländerregierungen an die Reihe, soweit sie nicht nationalsozialistisch sind. Die vergewaltigte Preußenregierung hat den Staatsgerichtshof angeufen.

Der Ruhm der Reichsregierung ob ihrer Heldentat strahlt über die Welt.

Deutsche Wähler, wischt diese deutsche Schande aus mit der Liste 1!

Greifen die Nazis an?

Seit dem Gewaltstreich der Reichsregierung sind die Nazis frech wie Gossendreck. Sie haben ja wiederholt gedroht, an diesem oder jenem Datum gewaltsam die Macht zu ergreifen. Wir wissen, daß diese Bande feige ist bis zum äußersten, wenn sie nicht in zehnfacher Übermacht antreten kann. Aber angesichts des Staatsstreiches der Reichsregierung ist den Nazibrüdern der Kamm geschwollen. Es ist also nicht ausgeschlossen, daß Held Hitler seine durch die Reichsregierung genehmigte Privatarmee gegen die organisierte Arbeiterschaft, gegen die Republikaner marschieren läßt, worauf sich zweifellos schon mancher Spinastecher freut.

Hat die organisierte Arbeiterschaft in diesem Falle etwas zu befürchten? Nein. Wenn die Nazis ihre Hofenmähe nicht mehr aus zehn oder zwölf Ortschaften und mehr zusammenziehen können, um sie nach einem Ort zu werfen, dann sind sie überall hoffnungslose Minoritäten, die wir nicht braun, sondern auch blau schlagen.

Eine andere Schwäche der Hitlerbande ist die, daß ja die größte Zahl der Naziwähler, das honeste Bürgertum, keine Lust hat, sich die Schadel einschlagen zu lassen. In Betracht kommen für Hitler als Schläger in der Hauptsache nur ganz dumme oder charakterlose Proleten. Ihre Zahl ist verhältnismäßig gering. Sie täuschen nur durch die Zusammenziehung etwas vor. Den neunzig- bis hunderttausend braunen Feiglingen stellen wir Millionen eisenharter Proleten entgegen.

Also, ihr braunen Mordbuben, wagt einmal einen Versuch! Wir werden euch handgreiflich den Unterschied zwischen Lumpenproletariern und wirklichen Proletariern zeigen.

Der Unterschied zwischen uns und euch wird genau so sein wie der Unterschied zwischen der Regierung Brann-Severing und der Regierung Popen-Chemiekrust.

Nazis für Papenverordnung.

Im Mecklenburger Landtag kam es am 15. Juli 1932 nach der Aussprache über die Regierungserklärung zur Abstimmung über einen Antrag, der dem Nazi-Staatsministerium ausgibt, sich für die sofortige Aufhebung der Notverordnung der Popen-Regierung zu verwenden. Die Nazis stimmten für die Beibehaltung der Notverordnung.

Nazis beschließen Lastauto mit Frauen.

Ein Lastauto mit kommunistischen Frauen ist in Wacken im Kreise Rendsburg von Nationalsozialisten beschossen worden. Da die Landjäger sich weigerten, die in ein Haus geschlüpfen SA-Lente herauszuholen, drangen die Kommunisten in das Haus ein und zerrten die sich in Schränken und unter dem Sofa versteckten Nazis heraus. Ein Überfallkommando der Altonaer Schutzpolizei nahm die drei Nazis fest.

Ein Nazi schießt ein Mädchen nieder.

In Reinickendorf verfeuerte ein junges Mädchen Flugblätter, die sie durch die Lärzschlige in die Wohnungen warf. Plötzlich öffnete sich eine Wohnungstür, und vor dem Mädchen stand in der braunen Mörderuniform der SA-Führer Schur. In der Hand hielt der Barische eine Hundepistole, mit der er sofort unbarmherzig auf die Wehrlose einschlug. Die Überfallene rief laut um Hilfe und flüchtete die Treppe hinauf. Diesen Augenblick benutzte der Hakenkreuzer, seine Pistole zu ziehen und auf das fliehende Mädchen zwei Schüsse abzufeuern, von denen einer in den rechten Oberschenkel traf. Bewußtlos brach die Gefessene zusammen. Bei seiner Vernehmung wagte der Barische zu behaupten, in Notwehr gehandelt zu haben. — Wahrlich, das ist ein nationalsozialistischer Held.

Nazis gegen vierjährigen Jungen.

Die sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Adele Schreiber-Krieger schreibt uns:

Eine mir gut bekannte junge Mutter besuchte mit ihren Eltern und ihrem noch nicht vierjährigen Jungen das Arbeiter-Sportfest. Der Junge erhielt ein schwarzrotes goldenes Fähnchen geschenkt und trug es festig in der Hand. Da gegen Abend das Kind müde wurde, nahm es die Mutter auf den Arm und ging ihren Eltern etwas voraus, um rascher ihre in Spandau gelegene Wohnung zu erreichen.

Ein Trupp von etwa 10 Nationalsozialisten umringte plötzlich die Frau und schrie sie an: sie möge das schwarz-

rotgoldene Fähnchen, das das Kind immer noch in der Hand hatte, zerreißen. Sie erwiderte: „Ich zerreiße die Fahne nicht, wenn Sie sie durchaus zerreißen wollen, dann müssen Sie es selbst tun!“ Hierauf wollten die nationalsozialistischen Feldken dem Kinde das Fähnchen entreißen — der Junge hing aber, im Kampf um sein Spielzeug, so laut zu schreien an, daß die Umstehenden, die glaubten, das Kind werde geschlagen, eine drohende Haltung einnahmen. Erst dann stellten die Nazis ihre politische Heldentat ein.

„Ihr dummen Ziegen...“

In der fünften Sitzung des Preussischen Landtags vom 3. Juni 1932 wurde, als der sozialdemokratische Redner Abg. Drügemüller erklärte: „Sie können uns national nicht beleidigen“, von nationalsozialistischen Abgeordneten, insbesondere dem Abg. Ahlemann, wiederholt gerufen: „Ihr Landesverräter!“ Daraus entspann sich ein Wortwechsel zwischen einer Gruppe nationalsozialistischer Abgeordneter, die sich um Ahlemann scharten, und einigen Frauen der sozialdemokratischen Fraktion. Die Abg. Frau Bollmann, deren damals 19jähriger Sohn Walter am 15. April 1918 an der Westfront gefallen ist, wurde von nationalsozialistischen Abgeordneten mit dem Gegenruf bedacht: „Was versteht Ihr Weiber von Politik!“ Die Abg. Frau Käbler, deren damals 21jähriger Sohn am 22. Juni 1917 an der Ostfront verlegt wurde, rief: „Aber unsere Jungen durften wir hergeben!“ Darauf kam aus der bezeichneten Gruppe die Antwort: „Ihr dummen Ziegen, dafür sind sie Euch ja gemacht worden.“

Die Nationalsozialisten vertreten unsere „beste Gesellschaft“. Allerlei Achtung!



Fort mit den Mordbuben! Wählt Liste 1!

Auf dem Wege zur Arbeitsdienstpflicht?

Ist es nicht lächerlich, bei 6 Millionen Arbeitslosen von Arbeitsdienstpflicht zu reden? Nein, unter dieser Regierung nicht. Nazis, Unternehmer und ihre Regierung haben es angeschlossen sogar sehr eilig, die Arbeiterschaft Deutschlands zu versklaven, denn etwas anderes ist Arbeitsdienstpflicht nicht. Kommando, Maulhalten, Hungerlohn, das ist ihr Inhalt!

In einer Verordnung vom 16. Juli ist der freiwillige Arbeitsdienst in der neuen Fassung dem deutschen Volke verhängt worden. Am 18. Juli ist der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Dr. Syrup, zum Reichskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst ernannt worden. Mit der Ernennung dieses Mannes ist den Nationalsozialisten vorläufig ein Strich durch die Rechnung gemacht worden. Diese beabsichtigten, durch einen Kommissar aus ihren Reihen den freiwilligen Arbeitsdienst in die Arbeitsdienstpflicht zu verwandeln und aus dieser neuen Institution eine Zucht- und Drillanstalt zu machen, wie der Faschismus sie braucht.

Nach der Verordnung soll der freiwillige Arbeitsdienst bestehen bleiben und dem jungen Deutschen die Gelegenheit geben, „zum Nutzen der Gesamtheit in gemeinsamem Dienste freiwillig ernste Arbeit zu leisten und sich zugleich körperlich und geistig-sittlich zu erfrischen“. Die Arbeiten des freiwilligen Arbeitsdienstes sollen gemeinnützig und zuzüglich sein. Träger der Arbeiten sind öffentliche Körperschaften und Vereinigungen, die gemeinnützige Zwecke verfolgen. Die Träger des Dienstes sollen Vereinigungen sein, die sich für die Betreuung des Arbeitsdienstwilligen eignen. Die Arbeitsdienstwilligen genießen die Vorteile der Sozialversicherung und des Arbeitslohnes.

Wenn man es so hört, möchte es leicht scheinen! Aber die Adelsregierung hat dieser Verordnung eine Erklärung beigegeben, in der sie ausführlich, daß diese Einrichtung weiter ausgebaut werden soll, worauf es wörtlich heißt: „Der Reichskommissar wird beauftragt, über seine Erfahrungen zu berichten und ein Gutachten über die notwendigen Voraussetzungen und die zweckmäßige Form einer Arbeitsdienstpflicht zu erlassen.“

Die Arbeitsdienstpflicht scheint das Ziel dieser Regierung zu sein. Wenn sie beim freiwilligen Arbeitsdienst verbleiben würde, dann wäre u. E. ein Gutachten über die zweckmäßige Form einer Arbeitsdienstpflicht nicht notwendig. Der Herr Reichsminister Warmbold, Vorstandsmitglied der I.-G. Farbenindustrie, könnte uns vielleicht nähere Auskunft geben. Diesen Bestrebungen mit allen Mitteln sich entgegenzustellen, ist Aufgabe der deutschen Arbeiterklasse. Wobei wir uns zu bemerken gestatten, daß wir nichts einzusetzen haben gegen eine Arbeitsdienstpflicht für alle geborenen und berufsmäßig lebenslänglichen Faulenzer, die auf Kosten der Arbeiterklasse Millionen verlumpen und verblöden. Was in diesen Tagen versäumt wird, ist niemals wieder gutzumachen. Am 31. Juli entscheidet das stimmberechtigste Volk auch darüber, ob die deutsche Jugend hinfort in einer Zuchtanstalt, Arbeitsdienstpflicht genannt, von rachsüchtigen Elementen geschunden und getreten werden soll.

Die Steuerbelastung des deutschen Arbeitnehmers.

In einer seiner neuesten Veröffentlichungen zieht das Statistische Reichsammt einen Vergleich zwischen den Steuerbelastungen in Deutschland, Frankreich und Großbritannien. Aus dem sehr umfangreichen Material heben wir hervor, wie sich die steuerliche Belastung der Lohn- und Gehaltsempfänger (in den niedrigeren Einkommensgruppen) in den drei Ländern auswirkt. Für die Beurteilung der Belastung der Bevölkerung mit Einkommen- und Ertragsteuern ist es, daß in Deutschland die steuerfreie Grenze sehr viel niedriger liegt als in Frankreich oder Großbritannien. So beträgt die steuerfreie Grenze in Deutschland für die Einzelperson nur 720 Mark, in Frankreich 2241 Mark und in Großbritannien 2396 Mark, während für den Verheirateten mit zwei Kindern in Deutschland alle Einkommen über 1200 Mark, in Frankreich über 4257 Mark und in Großbritannien über 5750 Mark der Einkommensteuer unterliegen. Die viel höheren steuerfreien Grenzen in England und Frankreich haben zur Folge, daß die dortigen Lohnarbeiter in der Regel überhaupt keine Einkommensteuer zu zahlen haben, während sie in Deutschland schon bei Reineinkommen von 1500 bis 2000 Mark mit 7 bis 8 Prozent (Einzelperson) und mit 4,6 bis 5,5 Prozent (Verheirateter mit zwei Kindern) zur Steuer herangezogen werden. Bei einem Einkommen von 5000 Mark hat die deutsche Einzelperson 12,10 Prozent ihres Nettoeinkommens an Steuern zu entrichten gegen 3,82 Prozent in England und 5,45 Prozent in Frankreich.

Auch die Zwangsbeiträge zur Sozialversicherung, die ja in gewissem Sinne auch eine steuerliche Belastung darstellen, sind in Deutschland wesentlich höher als in den beiden anderen genannten Ländern. Nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes betragen sie bei einem Lohnneinkommen von 2000 Mark in Deutschland beispielsweise 11,59 Prozent, in Frankreich 5,38 und in England 3,33 Prozent.

Wagegen sind die Verbrauchssteuern in Deutschland etwas niedriger als in Frankreich und England, hauptsächlich aber wohl nur infolge der anderen Steuerysteme, die dort im Gebrauch sind. So hat zum Beispiel der Besitzer eines Reineinkommens von 2500 Mark in Deutschland nur 2,49 Prozent seines Einkommens für Verbrauchssteuern aufzuwenden, gegen 3,05 in Frankreich und 4,13 in England.

Die prozentuale Belastung des Einkommens der Arbeiter in den drei Ländern zeigt bei Zusammenrechnung der drei Steuerarten ein sehr verschiedenes Bild, wie aus der folgenden Tabelle ersichtlich ist.

Reineinkommen in RM.	Frankl. Reich		Frankreich	Großbritannien	
	Frankl.	Sterl.			
1500	6,692	78	23,67	8,02	10,06
2000	8,922	104	22,67	8,68	8,02
2500	11,153	130	22,76	7,99	7,69
3000	13,383	157	22,65	8,07	8,39
4000	17,844	209	21,12	5,44	9,26

Kaufkraftminderung bedeutet Hunger für die Arbeiterschaft.

Ein deutliches Spiegelbild über die Kaufkraft eines Volkes vermittelt der Umsatz des Einzelhandels. Bis vor einigen Monaten hatten sich die Mengenumsätze im deutschen Einzelhandel trotz Rückgänge der Umsatzwerte ziemlich konstant gehalten. Dies lag daran, daß der Rückgang des Einkommens durch die eingetretene Preisfrenkung und den Übergang der Konsumenten zu geringeren Qualitäten ausgeglichen wurde. Die Umsätze in Waren mittlerer und niedrigerer Qualität sind dadurch gestützt worden, daß von oben her Ränferschichten nachströmten. Dies hielt sich aber, so stellt das Konjunkturforschungsinstitut fest, in engeren Grenzen, als die Unterstützung der Arbeitslosen noch nicht so stark gekürzt war, wie dies jetzt der Fall ist, und solange die sonstigen Mittel der Arbeitslosen, ihre Spargelder usw., noch nicht so sehr erschöpft waren wie jetzt. Und weiter heißt es in dem Wochenbericht Nr. 14: Infolge der starken Kürzungen der Unterstützungen aller Art, zusammen mit dem allmählichen Verzehr der Reserven, müssen die davon betroffenen Bevölkerungskreise ihre Ausgaben empfindlich einschränken. Verschärft wird diese Bewegung noch dadurch, daß auch die noch im Produktionsprozess tätigen Bevölkerungskreise mehr als bisher zur Einschränkung ihres Lebensunterhalts gezwungen sind. Nicht allein ihre Einkommen sind gesunken, auch die Möglichkeiten, den Einkommensausfall bei der Bedarfsdeckung auszugleichen, haben sich vermindert. In den letzten Monaten ist der Rückgang der Einzelhandelspreise beträchtlich langsamer geworden, bzw. ganz zum Stillstand gekommen. Ferner zeigt sich, daß die Möglichkeiten, das Qualitätsniveau zu verändern, nicht mehr im gleichen Umfang wie bisher gegeben sind. Aus alledem folgert das Konjunkturforschungsinstitut, daß der Rückgang der Umsätze im Einzelhandel sich bald in dem Beschäftigungsgrad der Verbrauchsgüterindustrien bemerkbar macht. Der verhängnis-

volle Kreislauf ist also wieder geschlossen: Die rücksichtslose Vernichtung von Kaufkraft führt zu Störungen in Handel und Industrie, und die Arbeitslosigkeit wird vergrößert.

Die Arbeitslosen, die Kleinrentner, die Invaliden, die Kriegsoffer, die Kurzarbeiter ebenso wie die noch voll Arbeitenden müssen also notgedrungen ihre Lebenshaltung immer mehr verschlechtern, von allen Nahrungsmitteln immer schlechtere Qualitäten wählen, und ist das nicht mehr möglich, so müssen sie eben hungern. Millionen von Volksgenossen hungern schon, weil das „System der Notverordnungen“ und das kapitalistische Wirtschaftssystem es so wollen. Der einzige Ausweg, die einzige Rettung aus diesem Elend ist der scharfe Kampf gegen dieses System, das von Hitler-Papen gestützt wird.

Frauenfragen.

Es geht wieder vorwärts.

Viele Kolleginnen und Kollegen sind trotz zunehmender Reaktion und Unternehmerwillkür im Verlauf der letzten Jahre unserer gewerkschaftlichen Aufgabe gegenüber passiv geworden und stehen teilnahmslos beiseite. Da ist Aufrüttelung und Kampfstimmung nötig, namentlich jetzt unter dem Symbol der drei Pfeile und jetzt im Reichstagswahlkampf. Eine kürzlich veranstaltete Funktionärinnen-Konferenz der Zahlstelle Darmstadt brachte einen schönen Beweis der Bereitwilligkeit der Kolleginnen, in Zukunft mehr als bisher für den Verband zu wirken. Weit aus dem Odenwald kamen die Kolleginnen, um zu bekunden, daß sie das mächtige Bollwerk gegen die faschistische Gefahr, die freien Gewerkschaften, schützen und stärken wollen. Leider ist Mut und Bekenntnis zur sozialistischen Arbeiterbewegung an manchen Stellen Deutschlands nicht überall in gleichem Maße vorhanden.

Recht anregend und aufklärend wirkten bei allen Konferenzteilnehmerinnen die Ausführungen der Kollegin Zammert über: „Die Arbeiterin als Kämpferin im kapitalistischen Staat“. Sie wies auf die Ausbreitung der Frauenarbeit in der kapitalistischen Wirtschaft hin, die auch während der Krise anhält. Nach Aufzeigung der verschiedenen Ursachen der Frauenarbeit betonte die Referentin, daß vorwiegend die Frau heute im Mittelpunkt des produktiven und volkswirtschaftlichen Lebens steht. Die Schlussfolgerungen aber haben die Kolleginnen selbst zu ziehen, indem sie sich klassenbewußt an die Seite der Kollegen stellen und Mitkämpferinnen für eine bessere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung werden. Aufgabe der Kolleginnen in den Betrieben ist es, besonders auf der Hut zu sein, daß die Trinkgeldempfänger des Großkapitals, die Nazis, nicht Fuß fassen, denn diese sollen die Gewerkschaften zerstören und die Arbeiter schuß- und reißlos machen. Darunter würde naturgemäß die Kollegin besonders zu leiden haben. Die Referentin schilderte die Stellung der Nazis zur Frauenfrage und die verlogene und arbeiterfeindliche Stellung der Nazis im politischen Leben. Es gilt, unseren ganzen Mut und unsere ganze Kraft einzusetzen für die Erhaltung und Stärkung der Organisation. Die Kollegin muß sich mitverantwortlich fühlen für die Entwicklung des Verbandes, und ihr Wirken als Funktionärin muß immer mehr hervortreten. Sie muß mitmarschieren in der Eisernen Front neben dem Manne, denn es geht um die Erhaltung der Arbeiter- und Frauenrechte.

Kollege Stahl (Darmstadt) sprach über die Gründung von Frauengruppen in den einzelnen Filialen der Zahlstelle Darmstadt und über die Bildung einer Arbeiterinnen-Agitations-Kommission. Der Redner betonte die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit besonderer Frauengruppen. Vollerorts wurden schon solche Frauengruppen gegründet. Das soll nun auch in Darmstadt sowie in den angeschlossenen Filialen Höchst, Arheilgen, Pfungstadt usw. geschehen. Den Kolleginnen soll Gelegenheit gegeben werden, an besonderen Frauenabenden zu den speziellen Frauenfragen — die an allgemeinen Veranstaltungen nicht so gut behandelt werden können — Stellung nehmen zu können. Immer muß natürlich die gewerkschaftliche Werbearbeit im Vordergrund stehen. Die zu bildende Arbeiterinnen-Kommission ist in sehr starkem Maße verantwortlich für die Entwicklung der weiblichen Mitgliederbewegung in der Zahlstelle. Mehr als das bisher der Fall war, müssen unsere Kolleginnen in Zukunft die Hausagitation unterstützen und sich selbst daran beteiligen.

Überhaupt sollen durch die Maßnahmen, die eine zweckbetonte Agitation erforderlich machen, die Kolleginnen alle Mitkämpferinnen werden und Mut zur Verteidigung ihrer Interessen aufbringen.

An der Debatte beteiligten sich vier Kolleginnen, die auch Schwierigkeiten schilderten, die sich bei der Agitation ergeben. Es kam dabei zum Ausdruck, daß sich leider Arbeiterinnen dazu hergeben, im Betrieb für die Hitler-Partei Propaganda zu treiben. Übereinstimmend brachten die Kolleginnen und ein Kollege zum Ausdruck, daß angesichts der großen Gefahren, die uns drohen, für größte Aufklärung, Aktivität und Disziplin gerade unter den Kolleginnen gesorgt werden muß und dazu die Frauengruppen und die Arbeiterinnen-Kommission unbedingt gebildet werden müssen. Nachdem Kollegin Zammert noch kurz die Tätigkeit der Arbeiterinnen-Kommissionen in anderen Zahlstellen schilderte und auf die Buchprämien hinwies, die der Vorstand für fleißige Werber und Werberinnen ausgeschrieben hat, fand die erfolgversprechende Frauenkonferenz ihr Ende.

Eine erfolgreiche Frauenversammlung in Dresden.

Mit großem Interesse versammelten sich die Kolleginnen der Zahlstelle Dresden zu der Frauenversammlung, in der als Referentin die Reichstagsabgeordnete Kollegin Anna Zammert sprach. Ferner wurde der Film „Ins Dritte Reich“ vorgeführt.

Kollegin Zammert schilderte die Ursachen der ungeheuren Not der Arbeiterschaft. Durch Berichte der Gewerbeaufsichtsbehörden ist zwar festgestellt, daß die Frauenarbeit innerhalb Sachsens prozentual zugenommen hat. Aus dieser Feststellung aber ergibt sich für die Arbeiterin die Pflicht, in der heutigen Zeit mehr Anteil am wirtschaftlichen und politischen Leben zu

nehmen. Seit zwei Jahren rufen die Nationalsozialisten: „Fort mit dem System! Fort mit den Tarifen!“ Sie wollen auch Schluß mit den Frauenrechten und Schluß mit dem Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft überhaupt. Die Nazis würden nicht mit soviel Interesse um die Frauen werben, wenn die Frauen nicht politisch gleichberechtigt wären; denn sie sind ausgesprochene Gegner der Frauenrechte. Ihr Bestreben ist, die Frau der arbeitenden Bevölkerung wieder in jeder Beziehung zur rechtlosen Magd und Dienerin zu machen. Herr Straßer meint: „Die Frau gehört nicht in das politische Leben; auch muß sie aus dem Produktionsprozeß verschwinden.“ (Diese und ähnliche Ausführungen wurden von den Versammelten mit Entrüstungsrufen aufgenommen.) Auch die Hausfrau hat die ernste Lage zu erkennen. Sie verspürt die Belastung durch die Notverordnung der Regierung Papen deutlich genug. Der Charakter der Arbeitslosenversicherung wird immer mehr verändert und verschlechtert. Nach sechs Wochen Bezug der verkürzten Arbeitslosenunterstützung wird die Hilfsbedürftigkeit geprüft. Auch die unter 50 Prozent Kriegsbeschädigten haben einen 20prozentigen Abzug erhalten. Die Invalidenten wurden gekürzt. Die Salzsteuer wird wieder eingeführt, die 1926 durch das Wirken der Sozialdemokratie aufgehoben wurde. Mit diesen neuen unerhörten Belastungen, die nur die beschlossenen Schichten treffen, will man „bessere Zeiten“ wieder einführen. Deutschland sei ein „Versorgungsstaat“, und damit müsse ausgeräumt werden, sagen die Grafen und Barone.

Fort mit den Hakenkreuzlern!



Wählt Liste 1 Sozialdemokraten!

Die Bildung der Nazi-Betriebszellen soll zur Zerschlagung der freien Gewerkschaften und deren Errungenschaften dienen. Hier kann nur intensive Aufklärungsarbeit über die „Bedeutung der Arbeiterbewegung“ im allgemeinen, besonders über die Bedeutung der freien Gewerkschaften helfen. Dazu ist die Mitarbeit aller Funktionärinnen dringend erforderlich. Es gilt, das Vertrauen der Wankelmütigen zu festigen und die uns Fernstehenden zu gewinnen. Es geht nicht nur um das Schicksal der Arbeiterklasse, sondern auch um das Schicksal der Frau.

Kollegin Zammert appellierte an alle Anwesenden, alles zu mobilisieren und am 31. Juli die sozialdemokratische Liste zu wählen; denn bei dieser Wahl gehe es um die Zukunft der Arbeiterschaft. Es gehe darum, ob Demokratie bestehen oder Diktatur herrschen soll in Deutschland. Wir wollen denken an die Worte des von Faschisten ermordeten italienischen Sozialistenführers Matteotti: „Die Freiheit ist wie die Luft und die Sonne. Man muß sie verloren haben, um zu wissen, daß man ohne sie nicht leben kann!“ Der lebhafteste Beifall bewies, daß Kollegin Zammert allen Anwesenden aus der Herzen gesprochen hatte.

Anschließend folgte der Film: „Ins Dritte Reich“. Er zeigte sehr deutlich, daß der Unternehmer nur um seinen Geldbeutel besorgt ist. Mit Hilfe der Nazis glaubt der Unternehmer die Löhne senken und den Arbeiter mehr und mehr unterdrücken und entrechten zu können. Der Film wurde ebenfalls mit großem Beifall aufgenommen. Die wohlgelungene Veranstaltung hat durch ihren Besuch auch bewiesen, daß man mit der Zusammenstellung des Programms den berechtigten Wünschen der Kolleginnen entsprochen hat.

Kollege Grafe machte zum Schluß nochmals wichtige Ausführungen für die bevorstehende Reichstagswahl. Mit dem Rufe „Freiheit!“ trennten sich dann die Beteiligten, jede Kollegin mit dem Wunsche, daß mit aller Energie gekämpft werden möge gegen alle reaktionären Bestrebungen in Staat und Wirtschaft. Elsa Heimann.

Die Angst um den Arbeitsplatz.

In Deutschland ist der Mensch durch die wirtschaftliche Not in seinen Taten und Gefühlen vollständig gebremst. Die Angst um den Arbeitsplatz überschattet alles. In welchen Zuständen dies führen kann, ist aus einem Fall zu ersehen, den wir der Zeitschrift „Deutsche Krankenkasse“ Nr. 28 entnehmen:

Frau Sch. — Seit vier Monaten in ambulanter ärztlicher Behandlung. Die Frau legt mehrmals wöchentlich von ihrem Dorfe nach der Stadt und zurück einen Weg von 1 1/2 Stunden zur Arbeitsstelle und zum Arzt zurück. Sie wird immer schwächer. Mehrfache, allerdings noch nicht genügende

energische Vorschläge des Arztes, die Arbeit auszuführen, werden abgelehnt aus Besorgnis, den Arbeitsplatz zu verlieren. Endlich geht bei der Kasse ein Antrag auf Unterbringung im Kurheim ein. Die vertrauensärztliche Untersuchung ergibt, daß eine schwere Blutarmut nach Art der perniziösen Anämie vorliegt. Blutfarbstoffgehalt nur noch 30 Prozent! Es wird sofort energisch eingegriffen, aber der Zustand ist sehr ernst.

Eine weitere Erläuterung zu diesem Fall würde die Wirkung dieser Mitteilung nur abschwächen. Die Angst um den Arbeitsplatz führt zu grauenhaften Zuständen.

Zahlstellenleiter-Konferenz Gau 4.

Am 10. Juli 1932 hatte die Gauleitung 4 ihre Funktionäre aus Pommern zu einer Tagung nach Steffin zusammenberufen, um zu der augenblicklichen wirtschaftlichen und politischen Lage Stellung zu nehmen.

Vertreten waren 25 Zahlstellen mit 55 Delegierten, der Hauptvorstand durch den Kollegen Geiger, der Gauvorstand durch zwei Kollegen und die Gauleitung.

Im Punkt 1 der Tagesordnung erstattete Kollege Sankowski (Aachermünde) den Bericht über die Weiratstagung und begründete eingehend die Beschlüsse des Weirates, die die Schlagkraft der Organisation erhalten sollen. Die Konferenz erkannte die zwingende Notwendigkeit dieser Beschlüsse an.

Zu Punkt 2: „Lohn- und Tarifbewegung in der Ziegelindustrie Pommerns“, führte Kollege Schmiege (Steffin) aus, daß die Ziegelindustrie durch das Daniederliegen des Baumarktes sehr stark in Mitleidenschaft gezogen ist. Viele Zieglerkollegen, die lange Jahre arbeitsfreudig im Produktionsprozeß standen, sind schon langfristig arbeitslos und haben keine Aussicht, je wieder Arbeit zu bekommen. Die Hoffnung, daß das Siedlungsprojekt der alten Reichsregierung durchgeführt und somit der Baumarkt und die Ziegelindustrie eine leichte Belebung erfahren würden, hat sich durch die Umwandlung des Reichskabinetts zerschlagen. Unter diesen ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen verlieren unsere Lohnbewegungen außerst schwierig. Viele Unternehmer versuchten sich vom Tarifvertrag freizumachen. Sie wollten den schon kargen Lohn der Ziegler noch um 10 Pfennig und mehr senken. In den meisten Fällen mußten die Schlichtungsinstanzen angerufen werden. Doch dieser Weg führte nicht immer zum Erfolg, da die Schiedsprüche, die fast immer von den Arbeitgebern abgelehnt wurden, nicht für verbindlich erklärt wurden. Somit tritt verschiedentlich ein tarifloser Zustand ein, den die Arbeitgeber dazu ausnutzen, den Lohn so festzusetzen, wie es ihrem Wunsche entspricht. Es wird in all diesen Fällen des festeren organisatorischen Zusammenschlusses bedürfen, um auch hier trotz Mißgunst der Verhältnisse geordnete Zustände zu schaffen. Wir sehen, daß die Schwierigkeiten, die auf unserem Wege anstürmen, riesengroß sind, doch müssen sie überwunden werden. Unser Wille der Sieg sein, wenn wir gemeinsam kämpfen, Mann und Frau, in Zeichen der Eisernen Front mit dem Kampfruf „Freiheit!“

Kollege Geiger vom Hauptvorstand führte in seinem Referat über die wirtschaftliche und politische Lage aus: Deutschland, das Land der Dichter und Denker, ist infolge der Verrohung des politischen Kampfes in Gefahr, von seiner Kulturhöhe in die Barbarei hinabzufinken. Eine große Gefahr für uns besteht ferner darin, daß die Gewerkschaften vielfach zum Tummelplatz der politischen Leidenschaften gemacht werden. Hinzu kommt die ungeheure Wirtschaftskrise, so daß es schwer ist, die Organisation ohne Schaden über diese Misere hinwegzuführen. Doch ist keine Ursache vorhanden, kleinmütig zu werden; denn die finanzielle Grundlage unserer Organisation gibt uns die Gewähr, daß wir allen Gefahren zum Trotz angrißfreudig in die Zukunft schauen können. Nur durch die Stärke der Organisation ist es möglich, dem Ansturm der Unternehmer entgegenzutreten. Dem Argument der Unternehmer, daß die hohen Löhne schuld sind an dem Daniederliegen der Wirtschaft, muß immer wieder entgegengehalten werden, daß lediglich die falsche Kapitalinvestierung die Schuld trägt. Da es den Unternehmern nicht möglich ist, von diesen Kapitalisfehlleitungen, die die noch vorhandene Produktion verteuern müssen, freizukommen, forderten sie schon im vergangenen Jahre von der Reichsregierung, dem Beispiel Englands in bezug auf Währungspolitik zu folgen, um so eine Entspannung des inneren Marktes auf Kosten der Konjunktur und kleinen Sparer herbeizuführen. Auch hier waren es die Gewerkschaften, die der Forderung der Unternehmer ihre ganze Macht entgegenstellten, um die Verwirklichung zu verhindern. Da es den Unternehmern mit Hilfe der alten Regierung nicht gelang, von den Bindungen der Tarifverträge und den Soziallasten freizukommen, unterstützten sie in erhöhtem Maße die Agitation der Nationalsozialisten, um mit deren Hilfe ihr arbeiterfeindliches Ziel zu erreichen. Als die alte Regierung daranging, dem Drängen der Arbeiterschaft Rechnung zu tragen und das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Gewerkschaften durch erhöhte Siedlungstätigkeit in die Tat umzusetzen, da ging ein Entrüstungssturm durch die Presse des Unternehmertums, und es wurde erreicht, daß die alte Regierung abtreten und einer neuen, die sich auf die NSDAP stützt, Platz machen mußte. Jetzt scheint der Weg zur Verwirklichung der Pläne des Unternehmertums frei zu sein. Man glaubt nunmehr, stark genug zu sein, um fordern zu können: „Regierung, du mußt die Freiheit innerhalb der Wirtschaft verwirklichen ohne Rücksicht auf die Gewerkschaften.“ Wie diese Freiheit aussieht, hat die Arbeiterschaft durch den Erlaß der Papen-Notverordnungen erfahren. Kürzung der Arbeitslosenunterstützung, Herabsetzung der Invalidentenrente, neue Belastung in steuerlicher Hinsicht — statt Arbeitsbeschaffung Arbeitsdienstpflicht, um die angeblich demoralisierte Jugend wieder zuucht und Ordnung zu erziehen. Die Arbeiterschaft muß jedoch wissen, daß sie dieses letztere Argument nur benutzen, um die Jugend den parteiigottischen Zwecken der Reaktion dienstbar zu machen. Freiheit der Wirtschaft heißt: Hinweg mit den tariflichen Bindungen durch die Schlichtungsinstanzen! Jetzt, unter dem Druck der großen Reservearmee des Unternehmertums — der Arbeitslosen —, soll das Kräfteverhältnis beider Teile über den Preis der Wate „Arbeitskraft“ entschieden. Jetzt hat die Arbeiterschaft Beweise in der Hand, um allen Naziabhängern zu zeigen, daß ihr Programm elende Demagogie ist und daß zwischen Theorie und Praxis ihrer Forderungen ein unüberbrückbarer Gegensatz besteht, an dem die NSDAP zerfallen wird.

Der Kampf um die Tarifverträge, der ja mit die erste Aufgabe der Organisation ist, wird in verstärktem Maße entbrennen. Jetzt, wo hier und da tariflose Zustände eintreten, erkennen die Kollegen wieder den Wert der Verträge und sind bereit, für die Erhaltung der Tarife den Kampf zu führen. Dies zeigen deutlich die in den letzten Wochen zahlreicher gewordenen Ansprache auf Streikunterstützung. Notwendig ist jedoch, daß unsere Kollegen nunmehr alles anstreben, um die noch Fernstehenden der Organisation zuzuführen, die getreu den Bestimmungen des Statuts als Einheitsfront der Arbeiterschaft gilt, in die jeder — ohne Unterschied der konfessionellen und politischen Überzeugung — aufgenommen wird, um Schulter an Schulter mit seinen Kollegen den Kampf anzunehmen für Recht und Freiheit!

Dieses eindrucksvolle und vom Angriffsgeist erfüllte Referat wurde von den Konferenzteilnehmern mit Begeisterung aufgenommen.

Mit Worten des Dankes an den Kollegen Geiger, mit einem Hoch auf den Verband der Fabrikarbeiter und die internationale Arbeiterschaft und dem Kampfruf „Freiheit!“, in den die Teilnehmer kampfesfreudig mit einstimmten, schloß der Kollege Wiesenbütter die Konferenz.

Nahrungsmittel-Industrie

Unfallchuz in der Industrie.

II.

An der Spitze steht bei den Verstößen fehlender Schutz an Riemenseiben, Wellen und sonstigen Getrieben. Hier wurden 2246 Verletzungen festgestellt, obwohl gerade diese Betriebsstellen am leichtesten mit zu schützen sind. An zweiter Stelle steht der Unfall nach der Schutz an Walzen- und Walzenstählen. Dieses sind sehr gefährliche Maschinen, und es muß verwundert, daß der nötige Schutz hier derart vernachlässigt wurde. Im übrigen zeigt die Aufstellung unseren Unfallvertrauensleuten, wo die meisten Verstöße vorgekommen sind, und wo sie mit ihrer Tätigkeit für die Durchführung des Unfallchuzes am ersten einzusetzen haben. Im Bericht heißt es dann weiter, daß bei den Revisionen der größte Wert darauf gelegt wurde, Aufklärung über die Unfallverhütung zu schaffen. Die Betriebsrevisionen wurden unvermutet und unangemeldet vorgenommen. Der Bericht sagt, das sei erforderlich, damit die Betriebe nicht vor der Revision auf die Revisionen vorbereitet werden können. Bei der Revision werde der Betrieb dann so vorgefunden, wie er zumeist bei der Arbeit sei, und nicht so, wie man ihn für die Revision vorbereitet habe. Diesem Standpunkt kann man nur zustimmen.

Über den Verkehr mit den Unfallvertrauensleuten heißt es im Bericht:

„Der Verkehr mit der Betriebsvertretung (Obmänner) hat zuweilen den technischen Aufsichtsbeamten Anregungen für die Unfallverhütung gegeben, denen sie nachgehen konnten. In einigen wenigen Fällen wurde die Teilnahme von Versicherungsvertretern abgelehnt mit der Begründung, daß Mängel im Betriebe nicht bekannt seien. Zuweilen mußte die Besichtigung ohne einen Vertreter des Betriebsrates stattfinden, weil in der gerade laufenden Schicht Mitglieder des Betriebsrates nicht beschäftigt waren. Wo es irgend möglich war, haben stets längere, eingehende Unterhaltungen mit dem Vertreter stattgefunden, die mit der Ermahnung endeten, bei Betriebsversammlungen immer wieder die Unfallverhütung im Betriebe zur Sprache zu bringen.“

Das enge Zusammenarbeiten der technischen Aufsichtsbeamten mit der Betriebsvertretung ist zu begrüßen. Es ist aber absolut falsch, wenn die Versicherungsvertreter es ablehnen, an einer Besichtigung des Betriebes teilzunehmen. Gerade bei der gemeinsamen Besichtigung stellt sich erst mancher Mangel heraus, den auch der Unfallvertrauensmann noch nicht kennt. Bei jeder Besichtigung kann der Unfallvertrauensmann lernen. Eine Beteiligung bei der Betriebskontrolle darf daher unter keinen Umständen abgelehnt werden.

Über die Durchführung der getroffenen Anordnungen seitens der Unternehmer wird gesagt:

„Der Anordner von Schutzvorrichtungen wird bei den Revisionen nur selten widersprochen. Geschieht dies einmal, so wird die Anordnung nach Belohnung doch als berechtigt anerkannt. Schriftliche Einwendungen sind aber später wiederholt eingelaufen, so daß auch klar besprochene Dinge noch einmal schriftlich behandelt werden mußten. Von einer größeren Zahl Unternehmern gingen die Nachweise für die Abstellung der Mängel nicht rechtzeitig ein, so daß Mahnung erfolgen mußte. In 190 Fällen wurden Strafen verhängt. Als Kontrolle für die Abstellung der Mängel und die Ausführung der verlangten Schutzmaßnahmen wird von den Unternehmern die Einlegung einer Erfüllungsanzeige gefordert. Nachrevisionen werden hier und da als Stichproben gemacht.“

Diese Ausführungen zeigen, daß es bei vielen Unternehmern mit dem Unfallchuz nicht zum besten bestellt ist. Es muß oft stark nachgeholfen werden. In 190 Fällen mußte man zur Bestrafung schreiben. Das ist für unsere Kollegen ein Grund mehr, darauf zu achten, daß die U.V. überall durchgeführt werden.

Über das Verhalten der Versicherer wird folgendes gesagt:

Die Tatsache, daß immer wieder Schutzvorrichtungen ihrer Bestimmung entzogen und nachweislich von Versicherern weggenommen werden, läßt annehmen, daß es immer noch Versäumnisse gibt, die sich Schutzvorrichtungen gegenüber gleichgültig oder ablehnend verhalten. Zahlreiche Ansprüchen mit den Arbeitern haben aber doch gezeigt, daß die gleichgültige oder ablehnende Einstellung nur bei einer sehr kleinen Zahl Versicherer besteht. Die große Menge fordert und bezahlt Schutzmaßnahmen unbedingte. Wo Schutzvorrichtungen weggenommen waren, war es oft nur Bequemlichkeit, die die Wiederanbringung verhinderte. Hier kann nur Aufklärung Besserung schaffen.

Hier wird der Arbeiterchaft der Vorwurf gemacht, daß sie Einrichtungen, die zu ihrem Schutze geschaffen sind, entfernen und dieselben oft nur aus Bequemlichkeit nicht wieder anbringen. Ob dieser Vorwurf in allen Fällen berechtigt ist, kann hier nicht untersucht werden. Auf keinen Fall aber dürfen die Arbeiter die Schutzvorrichtungen unbrauchbar machen oder entfernen. Sie setzen so ihre Gesundheit und ihr Leben selbst aufs Spiel. Oberster Grundsatz muß immer sein, Leben und Gesundheit zu schützen.

Ein besonderer Abschnitt ist auch dem Unfallchuz an neuen Maschinen gewidmet. Der Bericht klagt sehr darüber, daß immer noch neue Maschinen in großer Zahl geliefert werden, bei denen der nötige Unfallchuz fehlt. Es ist unglücklich, mit welcher Leichtfertigkeit die Maschinenbauer über die Anregungen der Berufsgenossenschaften zwecks Anbringung des nötigen Schutzes beim Bau der Maschinen hinweggehen. Hier kann nur ein Maschinenchuzgesetz helfen, das die Erbauer der Maschinen zwingt, den vorgeschriebenen Unfallchuz anzubringen.

Insgesamt bietet der Bericht eine Menge Anregungen und gibt Ratschläge, wie man sich vor Unfallgefahren schützen kann und wie der Unfallchuz am besten auszubauen ist. Eine Anzahl Bilder und Skizzen vervollständigen das Bild. Wir empfehlen unseren Unfallvertrauensleuten aus der Industrie, den Bericht recht eingehend zu studieren, sie können aus ihm manchen praktischen Wink für die Durchführung des Unfallchuzes entnehmen.

E. Senkfeil

Was geht in der Zuckerfabrik Oberstedt (Kreis Osterleben) vor?

Mit den Zuckerindustriellen, vertreten durch den Arbeitgeberverband der Zuckerindustrie, steht der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands seit Jahren im Konflikt. Die Arbeiternehmer gehören fast reiflos dem Fabrikarbeiterverband an. Mit dieser

Lassache scheint sich Herr Direktor Busse von der Zuckerfabrik Oberstedt immer noch nicht abgefunden zu haben. Die Organisation im Betrieb unmöglich zu machen, gelang nicht. Endlich schien sich dazu eine Gelegenheit zu bieten. Der Betrieb wurde auf einige Wochen stillgelegt. Arbeiter, die ihren Standpunkt auch der Werksleitung gegenüber vertreten haben, wurden bei Wiedereröffnung des Betriebes nicht mehr eingestellt. So schaffte sich die Werksleitung zunächst freie Hand. Dann wurde im Betriebe eine Verammlung anberaumt, in der man eine Nazibetriebszelle gründete. Jedes Belegschaftsmitglied muß ihr angehören und als Beitrag sind je Monat 4,80 Mk. zu zahlen, d. h. dieser Betrag wird gleich vom Lohne einbehalten. Leiter dieser Zelle ist der frühere Kommunist Linke (Oberstedt). Nach dem Bericht der Nazizeitung gehört dieser Betrieb dem obersten Führer und dem Horst-Wessel-Lied wurde die Verammlung geschlossen.

Selbstverständlich haben die dort beschäftigten Arbeiter auch eine Naziform bekommen. Auf wessen Kosten das geschah, ist uns noch nicht bekannt. Damit die Uniform nicht von den Motzen zerfressen wird, müssen die Proleten mehrmals in der Woche nach Feierabend in der Galauniform auf dem Fabrihof antreten und einige Stunden exerzieren. Bei dieser Gelegenheit soll auch der früher übliche Kafertenhofen nicht zu kurz kommen. Sonntags ist gemeinsamer Kirchgang. Dann fällt das Exerzieren vormittags aus, und die Proleten müssen es nachmittags nachholen.

„Abbau des Wohlfahrtsstaates“

heißt der Kurs Hitlers und der Papenregierung. Darunter versteht man wiederum: Abbau der Renten der Kriegsbeschädigten,

der Renten aller Witwen und Waisen

Abbau der Sozialversicherung im allgemeinen, Erhöhung der Massensteuern; dafür gibt es

Subventionen an Großindustrielle und Großgrundbesitzer.

Vielleicht erhalten die Nazis von diesen Staatsubventionen aus Steuergeldern von den genannten Empfängern auch ihr Teil, genau wie vom Lohnraub.

Der Tarifvertrag für die Zuckerindustrie steht für die Arbeiterchaft die achtstägige Kündigung vor. Damit die Arbeiterchaft der Zuckerfabrik bereits einen Vorgeschmack auf das Dritte Reich erhält, hat jeder einzelne schriftlich anerkennen müssen, daß er zunächst auf ein Vierteljahr mit täglicher Kündigung zur Ausbilde eingestellt ist. Und wozu das? Nun, ganz einfach, um jederzeit die Möglichkeit zu haben, Belegschaftsmitglieder, die sich gegen diesen Terror zu wehren wagen, unverzüglich auf die Straße setzen zu können.

Diese Vorgänge in der Zuckerfabrik Oberstedt geben der Arbeiterchaft ein anschauliches Bild darüber, was sie zu erwarten hat, käme das Dritte Reich wirklich!

Verschiedene Industrien

Schwehische Kunstblumenindustrie nach 1929.

Die schwehische Kunstblumenindustrie hat ihren Sitz in Nordböhmen. Die Industrie hat in normalen Zeiten in 100 Betrieben in der Gegend von Niederbiebel bis Schlackenau rund 25000 Betriebs- und 5000 bis 6000 Heimarbeiter beschäftigt. Im Laufe der letzten Jahre ist die Betriebs- und Beschäftigtenzahl gesunken. Die Entwicklung geht ähnlich wie in der deutschen Kunstblumenindustrie vor sich. Es ist immer noch Abwärtsentwicklung zu verzeichnen. Die Arbeitslosigkeit ist hochprozentig.

Allerdings ist zu berücksichtigen, daß in der Vorkriegszeit die böhmische Kunstblumenindustrie nur wenig entwickelt war. Erst in der Nachkriegszeit, nach Aufstellung der Donaumonarchie und Selbständigmachung der Tschechoslowakei, hat sich unter Förderung des Staates die Industrie gut entwickelt und konnte so als namhafte Konkurrenz auf dem Weltmarkt gegen die deutsche Kunstblumenindustrie und die anderer Länder auftreten.

Über den Außenhandel der schwehischen Kunstblumenindustrie in den Jahren 1930 und 1931 gibt nachstehende Zusammenstellung Auskunft:

Künstliche Blumen, fertige, ganz oder teilweise aus Textilstoffen.

Jahr	Einfuhr			Ausfuhr		
	Mengen in dz	Wert in Kronen	Wert in RM	Mengen in dz	Wert in Kronen	Wert in RM
1930	8	662 000	33 500	10 437	1348	15 249 000
1931	10	788 000	38 500	9 850	1051	12 741 000

Bestandteile künstl. Blumen, ganz oder teilweise aus Textilstoffen.

Jahr	Einfuhr			Ausfuhr		
	Mengen in dz	Wert in Kronen	Wert in RM	Mengen in dz	Wert in Kronen	Wert in RM
1930	—	—	—	370	2 735 000	341 875
1931	—	—	—	341	2 691 000	336 377

Papierblumen und Blumenbestandteile.

Jahr	Einfuhr			Ausfuhr		
	Mengen in dz	Wert in Kronen	Wert in RM	Mengen in dz	Wert in Kronen	Wert in RM
1930	—	—	—	5559	13 025 000	1 628 125
1931	—	—	—	7025	13 682 000	1 710 250

Dem schwehischen Außenhandel mit Kunstblumen stellen wir den deutschen Außenhandel derselben Zeitperiode gegenüber:

Kunstblumen aus Gespinnstwaren.

Jahr	Einfuhr			Ausfuhr		
	Mengen in dz	Wert in Kronen	Wert in RM	Mengen in dz	Wert in Kronen	Wert in RM
1930	8,30	952 000	119 000	14337	1775	41 728 000
1931	14,55	752 000	91 000	6460	1353	31 672 000

Kunstblumen aus Papier.

Jahr	Einfuhr			Ausfuhr		
	Mengen in dz	Wert in Kronen	Wert in RM	Mengen in dz	Wert in Kronen	Wert in RM
1930	416	2 352 000	291 000	706	17 452 900	1 255 000
1931	210	1 528 000	191 000	909	18 064 81	781 000

Die Gegenüberstellung der Außenhandelszahlen der schwehischen und der deutschen Kunstblumenindustrie zeigt: Wie die deutsche Ausfuhr von Kunstblumen aus Gespinnstwaren 1931 gegenüber 1930 gesunken ist, so auch die Ausfuhr der Tschechei an künstlichen Blumen aus Textilstoffen. Bei der Ausfuhr von Papierblumen ist für die Industrie beider Länder eine Erhöhung der Ausfuhrzahlen festzustellen.

Bei Blumen aus Textilstoffen (Gespinnstwaren) hat 1931 die schwehische Ausfuhr mengenmäßig die deutsche Ausfuhr bald erreicht. Wertmäßig hingegen bleibt die schwehische Ausfuhr der deutschen gegenüber weit zurück. Die Ursache dieser Entwicklung ist in der minderwertigen Qualität (Stapelware) zu suchen, welche für den Export aus der schwehischen Kunstblumenindustrie in Frage kommt. Die Ausfuhr von Papierblumen hat sich für die schwehische wie für die deutsche Kunstblumenindustrie erhöht. Die Doppel-

zentnerdurchschnittswerte sind bei der tschehischen Ausfuhr auch bei Papierblumen weit hinter den deutschen Werten geblieben, ein Zeichen, daß auch nur minderwertige Qualitäten von Papierblumen aus der Tschechei ausgeführt werden.

Als Hauptabnehmerländer für Produkte der tschehischen Kunstblumenindustrie kommen in Frage: Großbritannien und die Vereinigten Staaten von Amerika. Die Außenhandelsentwicklung 1932 bewegt sich im Rahmen der Zeitperiode 1930 bis 1931 weiter fort.

H. Ellein.

Berichte aus den Zahlstellen.

Stassfurt. Generalversammlung und Jubilarehrung am 10. Juli 1932. Die 93 Delegierten aus den 24 Ortsgruppen der Zahlstelle nahmen den Bericht des Geschäftsführers und des Kassierers mit Beugung entgegen. Aus den Berichten ging hervor, daß die Zahlstelle die ungeheure Krise bisher gut überstanden hat. Bemerkenswert waren die Ausführungen des Kollegen Hille über die leider von einem Teil der Mitglieder-perkante Notwendigkeit der Organisation in Krisenzeiten. Es wurde von uns allein im 2. Vierteljahr 1932 für 220 entlassene Kollegen des Kaliwerks Ascherleben die Summe von 130 000 RM sichergestellt. Für 75 entlassene Kollegen der Konf. Alkaliwerke Westeregeln gelang es, die Summe von 82 000 RM sicheresustellen. Für 2 Kollegen der Anhaltischen Salzwerke, G. m. b. H., haben wir nach zweijährigem Prozeß 7600 RM, außer der Entschädigung nach § 85 des Kaliwirtschaftsgesetzes, herausgeholt. Dazu noch in zahlreichen Einzelfällen durch die Arbeitsgerichte, Spruchauschüsse der Arbeitsämter und Oberverfügungsämter etliche tausend RM. Diese Erfolge, die nur durch die Organisation ermöglicht wurden, müssen der Kollegenschaft vor Augen geführt werden. Der Kassenbericht zeigte ferner eine erfreuliche Stabilität der Mitgliedschaft. Bei eifriger Werbung unter den denkbar ungünstigsten Verhältnissen gelang es unseren Werbem, im 2. Vierteljahr noch beachtenswerte Erfolge zu erzielen. Die Notmaßnahmen des Vorstandes und die Beschlüsse des Verbandsbeirates wurden von der Versammlung als im Interesse des Verbandes und der Mitglieder liegend einstimmig als notwendig anerkannt. In seinem Referat legte der neue Gauleiter unseres Gauces, Kollege Lehmann, die Stellungnahme der Gewerkschaften zur politischen Lage dar. Die deutsche Arbeiterklasse ist unüberwindlich, wenn sie einig ist; diese Einigkeit muß in der Eisernen Front Ausdruck finden. Deshalb hinein in die Eisernen Front und am 31. Juli 1932 sozialdemokratisch gewählt! In den Kampfgruß „Freiheit!“ stimmten die Delegierten begeistert ein. Am Nachmittag wurden im festlich geschmückten Volkshausaal 50 Kollegen, die in den Jahren 1906 und 1907 dem Verbandsbeirat beigetreten waren, für ihre treue Mitarbeit geehrt. Herzliche Worte der Ehrung fand auch hier Kollege Lehmann. Er dankte vor allem den Frauen der Jubilare für ihre treue Unterstützung. Möge die Jugend aus der Treue der Alten den Ansporn zur Nachahmung finden! Beide Veranstaltungen haben gezeigt, daß ein ungebrochener Kampfeswille die Mitgliedschaft der Zahlstelle befeuert. Hille.

Rundschau.

Sungerlöhne für Notverordnungsjacken.

Vom Textilarbeitsnachweis in Berlin (Oseifenaustraße) wurden dieser Tage dreißig junge Mädchen von einer Dortmunder Uniformfabrik angefordert, die das Nähen von Uniformjacken für die SA. vergibt. Für das Nähen der Jacken sollte ein Preis von 0,06 Mk. für die Jacke gezahlt werden. Außerdem erhalten die Mädchen Unterkunft und Verpflegung.

Das ist der Geist des Dritten Reiches.

Verbandsnachrichten.

Mitgliedsbuch Georg Reih unguiltig.

Georg Reih, bisheriges Mitglied der Zahlstelle Ebersdorf (Oberlt.), weigerte sich, bei seinem Austritt aus dem Verbands Mitgliedsbuch abzugeben. Das Buch hat die Nr. 966 269 und wird hiermit für unguiltig erklärt. Es ist bei erstl. Vorzeigen zurückzubehalten. Unterfertigungen dürfen darauf nicht mehr ausgezahlt werden.

Ausgeschlossen

wurde auf Grund des § 14 Ziffer 3a und d in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Statuts das bisherige Mitglied der Zahlstelle Stadtpoldendorf: Fritz Fricke, Mitgl.-Nr. 1 066 436.

Literarisches.

„Jahrbuch des Arbeitsrechts“ mit sozialpolitischer Übersicht, Band XII. Inoffiziell über: Schrifttum, Rechtsprechung und Verwaltungspraxis im Jahre 1931. 500 S. Großoktav in Leinen 20 Mk. Verlag J. Bensheimer, Mannheim. Leipzig. Das Jahrbuch ist mit seinen großen, oft geräumigen Vorzügen überall bei den Behörden, bei Arbeitgebern und Arbeitnehmern in Gebrauch. Es gibt einen zuverlässigen und vollständigen Überblick über den neuesten Stand des Arbeitsrechts — eine nach praktischen Gesichtspunkten übersichtlich angeordnete, für den täglichen Gebrauch geschaffene Sammlung und Verarbeitung des großen arbeitsrechtlichen Materials. Der neue XII. Band bringt zunächst eine zusammenfassende sozialpolitische Jahresübersicht von Prof. Dr. Heyde. Dann folgt der arbeitsrechtliche Hauptteil von Prof. Dr. Hoeningher und Prof. Dr. Schulz. Er bringt aus allen Gebieten des Arbeitsrechts die Nachrichten über Schrifttum, Rechtsprechung und Verwaltungspraxis im Jahre 1931. Alle einschlägigen Werke und Schriften, alle Urteile in den Zeitschriften, alle Entscheidungssammlungen sind durchgesehen und verarbeitet. Das besonders aktuelle Gebiet der Arbeitslosenversicherung ist von Sen.-Prof. Prof. Dr. Dersch ausführlich behandelt. Im Band des sorgfältig zusammengestellten Inhaltsverzeichnis und des ausführlichen Sachregisters kann man schnell feststellen, ob und welche Änderungen der Literatur über eine bestimmte Frage des Arbeitsrechts vorliegen.

Der freiwillige Arbeitsdienst. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat über den freiwilligen Arbeitsdienst eine Schrift veröffentlicht, die den freiwilligen Arbeitsdienst als einen sehr gefährlichen Kolbheit bezeichnet, der sich fast ganz zu Lasten der Bauarbeiterchaft auswirkt. In dieser Broschüre wird der Beweis erbracht, daß der freiwillige Arbeitsdienst teurer ist als die tariflich bezahlte Arbeit. Abgesehen ist das auch schon vom Arbeitsverband der deutschen Industrie, Fachgruppe Bau, nachgesehen worden. In der sehr beachtenswerten Schrift wird insbesondere auch darauf hingewiesen, wie wichtig es psychologisch ist, daß ältere und jüngere Arbeiter gemeinsam schaffen, was im freiwilligen Arbeitsdienst zum allergrößten Teil ausgeschlossen ist. Die Schrift gibt ferner in der Forderung, daß nicht Arbeitsdienstpflicht Deutschland retten könne, sondern Arbeitsbeschaffung.

Der Rattenfänger von Brannau. In wichtigen und unangreifbaren Ausführungen legt Anton Erkelenz in dieser neuen Broschüre (erschienen im Dieß-Verlag, 16 S., 10 Pf. ord.) dar, wie der Nationalsozialismus nachgerade zu einer stillschweigenden Gefahr für die Nation geworden ist. Eindeutig und energig ist die Abrechnung, die Erkelenz vornimmt, und wirkungsvoll die Gegenüberstellung der Argumente, wie z. B. „Soll der Verstand?“

Wendensatz ist die Erkelenz der Monatszeitschrift der Böhmergilde Gutenberg. Es wurde aus Anlaß des Erscheins eines Schweizer Romans, „Herze Etenne“ von John Knittel, den Schweizer Gildenfreunden gewidmet und enthält wieder angelegene Abbildungen. Die Monatszeitschrift „Die Böhmergilde“ erhalten die Mitglieder dieser Gemeinschaft jeden Monat kostenfrei zugestellt.

Bären, Bissel und Biber. In Heft 10 der „Arania“, kulturpolitische Monatshefte über Kultur und Gesellschaft, berichtet an Hand eigener Aufnahmen Fred G. Roth über das Leben in den Naturfreizeitsparks in USA. Weitere Aufsätze behandeln wissenschaftliche, ökonomische und kulturpolitische Gegenstände immer unter dem Gesichtspunkt der sozialen Betrachtung. Dazu kommen noch kurze Einzelnotizen aus allen Wissensgebieten. Probenummern kostenlos.

Abbau der Wirtschaft. Die Forderungen der Gewerkschaften. Berlin 1932. Verlags-Gesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, G. m. b. H., Berlin S 14. 40 Seiten, Preis 40 Pf.

Briefkasten.

2000: Das Gedicht ist nicht druckreif, wird aber zweckentsprechend verwendet. Warum? Es anglich? Wir wahren auf jeden Fall das Reaktionsgeheimnis!

Chemische Industrie

Die chemische Industrie der Welt.

II.

Leerfarben.

Nur wenige Veränderungen ergeben sich auf dem Weltmarkt für Leerfarben. Hier hat sich neben den kleineren Ländern und Frankreich ausnahmsweise einmal Großbritannien besser behaupten können. Mit am stärksten verloren haben die Vereinigten Staaten.

	1928	1929	1930	1931
	in Millionen Mark			
Deutschland	237	212	196	179
Schweiz	65	69	59	59
USA	30	34	28	22
Großbritannien	17	20	18	19
Frankreich	14	11	12	14
Italien	3	3	5	5
Sonstige Länder	9	8	8	7
Insgesamt	375	357	326	305

Mineralfarben und Farbwaren.

Die größte Anzahl von Ländern steht im Wettbewerb am Markt für Mineralfarben und Farbwaren. Ausschlaggebend waren vor wenigen Jahren noch Großbritannien und die Vereinigten Staaten, die jetzt fast die Hälfte ihrer früheren Ausfuhr eingebüßt haben. Im übrigen verteilen sich die Rückgänge fast gleichmäßig.

	1928	1929	1930	1931
	in Millionen Mark			
Deutschland	95	108	100	84
Großbritannien	108	110	91	67
USA	110	124	93	64
Frankreich	30	29	27	21
Belgien	24	28	21	21
Niederlande	27	26	22	17
Tschechoslowakei	12	12	10	7
Japan	8	8	7	6
Österreich	6	6	5	4
Italien	5	6	4	3
Sonstige Länder	8	6	5	5
Insgesamt	433	463	385	299

Lacke, Firnisse, Rette.

Auf dem Weltmarkt für Lacke gibt es nur drei Hauptkonkurrenten, deren Bedeutung untereinander sich wenig verschoben hat.

	1928	1929	1930	1931
	in Millionen Mark			
Deutschland	20	26	22	17
Großbritannien	14	15	12	8
USA	12	13	11	9
Frankreich	5	6	6	5
Sonstige Länder	12	13	11	8
Insgesamt	63	73	62	47

Sprengstoffe und Zündwaren.

Auf dem Markt für Sprengstoffe und Zündwaren spielt Deutschland eine verhältnismäßig geringe Rolle. Hier ist Schweden neben Großbritannien führend. Der Weltexport an Sprengstoffen ist stärker zurückgegangen als derjenige anderer chemischer Erzeugnisse. Die trostlose Lage des Bergbaus in fast allen Ländern dürfte hier die Ursache sein. Der belgische Export zeigt sich auch hier wiederum als am widerstandsfähigsten.

	1928	1929	1930	1931
	in Millionen Mark			
Schweden	59	63	48	35
Großbritannien	49	43	36	25
Deutschland	27	28	24	16
Frankreich	20	10	19	9
USA	21	18	12	8
Tschechoslowakei	8	9	14	5
Japan	11	8	10	3
Belgien	11	16	12	11
Norwegen	7	4	3	2
Sonstige Länder	21	18	11	8
Insgesamt	234	217	189	124

Kunstseide.

Führend am Weltmarkt für Kunstseide ist Italien. Bemerkenswert ist daneben die außerordentliche Zunahme der französischen Ausfuhr in den letzten Jahren und die große Widerstandsfähigkeit der schweizerischen Kunstseidenausfuhr. Die Vereinigten Staaten, obwohl größter Produzent und Hauptverbraucher, sind am Export so gut wie gar nicht beteiligt. Großbritannien hat auch hier wieder die größten Exportverluste aufzuweisen, neben Belgien, das hier ausnahmsweise einmal stärker verloren hat.

	1928	1929	1930	1931
	in Millionen Mark			
Italien	122	115	106	91
Frankreich	37	39	55	48
Deutschland	69	90	65	38
Niederlande	50	47	42	34
Schweiz	35	31	33	31
Belgien	37	26	21	16
Großbritannien	45	34	24	14
Sonstige Länder	17	19	23	15
Insgesamt	412	401	369	287

Pharmazeutische Erzeugnisse.

Um weniger als 20 Prozent hat sich der Weltmarkt pharmazeutischer Erzeugnisse verkleinert, während im Durchschnitt in der Chemikaliengruppe eine Abnahme um 33 Prozent festzustellen ist. Hier haben Deutschland, die Schweiz und die Niederlande sich gegenüber sämtlichen übrigen Ländern fast voll behaupten können. Großbritannien, die Vereinigten Staaten und Italien sind dagegen nicht unwesentlich zurückgedrängt worden.

	1928	1929	1930	1931
	in Millionen Mark			
Deutschland	120	131	122	125
USA	87	90	75	64
Frankreich	78	83	74	64
Großbritannien	69	71	61	53
Schweiz	26	31	29	28
Niederlande	16	18	17	17
Italien	11	11	10	7
Sonstige Länder	15	16	17	12
Insgesamt	422	451	405	370

(Schluß folgt.)

Nazi-Anilinler mit Zuchthaus bestraft.

Im „Proletarier“ Nr. 13 vom 26. März d. J. haben wir berichtet, daß der SA-Führer der Pfalz, Eicke, Sicherheitsbeamter in der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen, wegen Sprengstoffvergehens verhaftet worden ist. Er hatte Bomben angefertigt und den Sprengstoff dazu aus der Anilinfabrik, wo er Sicherheitsbeamter war, entwendet.

Die Direktion regte sich über den Artikel derart auf, daß sie den Betriebsrat beschuldigte, uns das Material für den Artikel geliefert zu haben. Das stimmte nicht, wir hatten

das Material unserer Parteizeitung in der Rhein-Pfalz, „Pfälzische Post“, sowie einem Nazi-Flugblatt, „Der Nazi-Anilinler“, das in der Anilinfabrik massenhaft verteilt worden ist, und dem „Arbeiterturn“, Blätter für Theorie und Praxis der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation, vom 15. März 1932, entnommen. Die Firma machte geltend, daß nicht erwiesen sei, ob der Sprengstoff aus der Fabrik entwendet ist.

Am 15. Juli verhandelte das Erweiterte Schöffengericht in Pirmasens über den Standartenführer der Nationalsozialistischen Partei, Theodor Eicke, und seinen Vorgänger als Standartenführer, Friedrich Berni, sowie die SA-Männer Friedrich Hahn und Friedrich Ebelshäuser wegen Bürgerkriegsvorbereitungen in der Pfalz. Die Verteidiger der Nazis haben zweimal versucht, den ihnen unangenehmen Prozeß bis nach den Reichstagswahlen zu verschieben. Zur Verhandlung am 15. Juli erschienen die beiden Verteidiger Dr. Hammann und Dr. Maurer nicht, um die Verhandlung zu verhindern. Das Gericht ließ sich aber auf nichts ein und bestellte von Amts wegen zwei Pflichtverteidiger. Der Versuch der Angeklagten, die Pflichtverteidiger abzulehnen, führte zu keinem Erfolg.

Wer wählt nationalsozialistisch?

Fürsten, Prinzen, Adelige, Kapitalisten, Grundbesitzer und proletarische Knechtsnaturen oder Esel.

Jeder geistig normale Arbeitnehmer und jede Arbeitnehmerin wählen sozialdemokratisch, also

Liste 1.

Der Hauptangeklagte Eicke, „Sicherheitsbeamter“ und stellvertretender „Leiter des Sicherheitsdienstes“ der I.-G. Farbenindustrie, Werk Ludwigshafen, wollte sich damit herausreden, daß die Schupo bei der legalen Machtergreifung durch die Nazis nicht ausreichen würde, daher habe man beschlossen, die SA und SS der Polizei und Reichswehr zur Verfügung zu stellen. Für den Kampf gegen den Marxismus habe er Waffen herstellen wollen. Die Pikrinsäure, die im freien Handel nicht erhältlich ist, will Eicke von einem Herrn aus den besten Kreisen Ludwigshafens erhalten haben. Nach Presseberichten stammt diese Pikrinsäure aus dem Laboratorium der Anilinfabrik in Ludwigshafen.

Die Angeklagten Berni und Hahn machten nur wenig Angaben zum Tatbestand, während Ebelshäuser erklärte, man sei sicher gewesen, die Partei würde vorbereitende Aktionen nachträglich decken, wenn sie notwendig geworden wären. Hahn war Adjutant von Berni. Er hat die Bomben von Ludwigshafen nach Pirmasens gebracht. 50 Bomben waren für die Westpfalz und 50 Bomben für die Vorderpfalz bestimmt. In der weiteren Vernehmung erklärte Berni, daß bei der Machtergreifung die SS in die Städte abtransportiert werde und die Bomben als Verteidigungsmittel des Transports dienen sollten.

Der direkte Vorgesetzte von Eicke, der Sicherheitsinspektor Brunk von der I.-G. Farbenindustrie, mußte als Zeuge bekennen, daß er mit Eicke darüber gesprochen habe, daß die Kommunisten evtl. loszuschlagen würden. Eicke hat dabei gesagt: „Das wäre uns gerade recht! Die SS würde sich der Reichswehr und der Polizei anschließen!“

Diese Aussage läßt erkennen, daß der sogenannte Sicherheitsinspektor der Anilinfabrik der Weisheitrichtung Eickes nahesteht. Das ist ein weiterer Beweis für die Richtigkeit unserer Angabe vom 26. März.

Eicke und Berni wurden zu je 2 Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 3 Jahre beantragt. Hahn erhielt 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus, der Antrag des Staatsanwalts lautete auf 2 Jahre. Ebelshäuser erhielt 1 Jahr Zuchthausstrafe, während der Staatsanwalt 1 Jahr 9 Monate beantragt hatte. In der Urteilsbegründung wird festgestellt, daß die Bomben geeignet waren, Leben und Eigentum der Mitbürger zu gefährden. Ein Mordanschlag habe nicht vorgelegen, der Staat könne sich selbst schützen, die Angeklagten seien auch nicht angegriffen gewesen.

Ob es wohl der Anilin-Direktion zu denken gibt, daß ihr Sicherheitsbeamter und stellvertretender Leiter des Sicherheitsdienstes Bomben zur „Erhöhung der Sicherheit in der Pfalz“ angefertigt, sich den Sprengstoff dazu in der Fabrik beschafft und der höchste Sicherheitsbeamte der Fabrik, der Sicherheitsinspektor Brunk, mit seinem Untergebenen Eicke eingehend über ein evtl. Loszuschlagen der Kommunisten gesprochen hat? Die übergroße Mehrzahl der Arbeiter des Betriebes wollen nicht begreifen, daß solche Personen berufene Vertreter des Sicherheitsdienstes sein können. Jedenfalls hat der Prozeß der Hitler-Partei die Maske vom Gesicht gerissen.

Sobesopfer in der Stickstoffindustrie.

Am 13. Juli war im Stickstoffwerk Scholven bei Buer im Ruhrrevier ein Niederdruckrohr undicht geworden, wodurch große Mengen Ammoniakgas ins Freie gelangten. Eine

Kolonne von vier Arbeitern wurde von der Gaswolke überdeckt. Anscheinend erlitten die vier Arbeiter nur leichte Gasvergiftungen. Jetzt sind aber im Krankenhaus Bergmannsheil II in Buer zwei der vergifteten Arbeiter infolge eingetretener Lungenentzündung gestorben. Die anderen zwei Vergifteten befinden sich nach Angabe des Arztes außer Lebensgefahr.

Die der chemischen Industrie entweichenden Giftgaswolken treten häufiger auf. Sie scheinen zum unvermeidbaren Bestand der Menschenbedrohung zu werden. Nach dem „Vorwärts“ zog die Gaswolke langsam über die benachbarten Felder, so daß die Blätter der Rüben und Kartoffeln bald darauf verwelkten. Ebenso wurden andere Feld- und Gartenfrüchte durch die Gaswolke beschädigt. Das Gas drang in einige Häuser ein und bewirkte bei den Bewohnern heftige Kopfschmerzen und Magenbeschwerden. Dieser Fall mahnt zur Vorsicht und sollte die Gewerbeaufsichtsbehörden zu schärfster Kontrolle veranlassen.

Papier-Industrie

Abschrift/G.

Niederchrift

über die Sitzung des Tarifamts der Deutschen Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoffindustrie am 2. Juli 1932 zu Berlin.

Anwesend sind:

- als Arbeitgeberbeisitzer die Herren:
Helmbrecht, Kluge, Dr. Leopold;
 - als Arbeitnehmerbeisitzer die Herren:
Gräf, Eins, Müller, Stähler.
- Vorsitz turnusgemäß: Herr Dr. Leopold,
Schriftführer turnusgemäß: Herr Gräf.

I.
Vor Eintritt in die Tagesordnung beschließt das Tarifamt, die bisherige Geschäftsordnung für das Tarifamt für die Laufdauer des Gesamtarbeitsvertrages vom 8. Juni 1932 unverändert zu übernehmen.

II.
543/32.
Antrag der Gruppe Rheinland-Nord auf Abänderung von Einzelbestimmungen der gekündigten Lohnsätze für die Lohnbezirke A und B und auf Änderung der Ortsklasseneinteilung.

Für die Arbeitgeberseite erscheinen die Herren Lämmerhirt, Dr. Klein, Jagenberg, Kaul und Fiedler, für die Arbeitnehmerseite die Herren Heering, Wirth, Flohr, Wrede.

Die Parteien sind mit der Besetzung des Tarifamts 3:3 einverstanden.

Es wird zur Sache verhandelt.

Ein Spruch kommt wegen Stimmgleichheit nicht zustande.

III.
545/32.
Antrag des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands (Magdeburg) auf Entschädigung eines Streikes befr. Urlaubsvorgütung bei der Firma Gebr. Lange (Bernburg).

Auf Arbeitgeberseite scheidet Herr Kluge als Beisitzer aus; an seine Stelle tritt Herr Lämmerhirt.

Für die Firma erscheint Herr Kluge,

für die Arbeitnehmerseite Herr Tolski.

Die Parteien sind mit der Besetzung des Tarifamts 3:3 einverstanden.

Es wird zur Sache verhandelt.

Das Tarifamt fällt folgenden Spruch:

„Das Tarifamt erklärt sich für unzuständig.“

Begründung:

Nach § 16 Abs. 7 des Gesamtarbeitsvertrages vom 8. Juni 1932, der mit dem 1. Juli 1932 in Kraft getreten ist, besteht die Zuständigkeit des Tarifamts für Einzelstreitigkeiten überhaupt nicht mehr. Da diese Vorschrift mangels einer gegenseitigen Vereinbarung mit den übrigen Tarifbestimmungen am 1. Juli 1932 in Kraft getreten ist, besteht nicht mehr die Möglichkeit, den Antrag vor dem Tarifamt zur Verhandlung und Entscheidung zu bringen; vielmehr ist die Zuständigkeit der Arbeitsgerichtsbehörden gegeben.

IV.
544/32.
Antrag des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands (Halle a. d. Saale) auf Entschädigung eines Prämienstreiks des Heizers Halbekath gegen die Firma Leipziger Wellpapierfabrik J. Moll, Dessau.

Für die Parteien erscheint niemand.

Das Tarifamt fällt folgenden Spruch:

„Das Tarifamt erklärt sich für unzuständig.“

Begründung:

(Siehe Begründung zu III.)

Die ringfreien Druckpapierfabriken schließen sich dem Syndikat an.

Nach Mitteilungen der Fachpresse beschloß — nach mehrfachen Verhandlungen — die Gesellschafterversammlung des Verbandes ringfreier Druckpapierfabriken, G. m. b. H., korporativ dem Verband deutscher Druckpapierfabrikanten, G. m. b. H. (Syndikat), als Mitglied beizutreten. Die Zahl der Gesellschafter im Syndikat erhöht sich dadurch auf 51.

Die Wirtschaftsnot hat die ehemaligen feindlichen Brüder in der Zeitungsdruckpapierindustrie zusammengeführt. Durch gemeinsamen organisatorischen Zusammenschluß versuchen die Unternehmen, die Krise zu überwinden und die Folgen derselben zu lindern.

Daraus sollte auch die Arbeiterschaft der Papierindustrie lernen. Auch für sie muß die Parole lauten: Zusammenschluß im Verbands der Fabrikarbeiter Deutschlands zum Kampfe gegen weitere soziale Verschlechterungen, zur Überwindung der Krisenfolgen und zum Wiederaufbau sozialer Arbeitsverträge!

